

## FORUM

## Gemeinderat ist klüger

Zur Erweiterung des Theater-Casinos Zug

Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug hat an seiner Sitzung vom 26. Juni politische Weitsicht gezeigt. Einstimmig hat er sich für eine Variantenabstimmung entschieden; die notwendige und unbestrittene Sanierung des Theater-Casinos wird von der umstrittenen Foyererweiterung abgetrennt und einzeln den Stimmberechtigten vorgelegt.

Bei der Abstimmung mit Namensaufruf waren schliesslich 31 Gemeinderäte gegen die Casino-Foyererweiterung und nur gerade 5 dafür. Das bedeutet: Nur eine verschwindend kleine Zahl der Parlamentarier glaubt noch an eine Foyererweiterung, die zu Lasten der beliebten Badeanstalt Seeliken erfolgen würde.

Diesen Befürwortern der Foyererweiterung sowie dem Stadtrat, der an seiner Vorlage festzuhalten scheint, sei dieser Tage der Gang in die Seeliken empfohlen: Die Badeanstalt ist bei Badewetter bei Jung und Alt, bei Alt-Zugern wie bei Zugezogenen extrem beliebt – so beliebt, dass der Platz für ein Badetuch rar ist.

Dieser wertvolle Naherholungsraum darf nicht eingeschränkt werden. Deshalb ist der Mehrheit des Stadtparlaments für die klaren Entscheidung zu danken: für die Sanierung des Theater-Casinos, gegen die Erweiterung des Foyers, für den Erhalt der Badeanstalt Seeliken!

OSKAR RICKENBACHER,  
ZUG, FÜR DIE «FREUNDE SEEBAD  
SEELIKEN» (FSS)

## Schmetterling

red. Beim gestern veröffentlichten Leserbrief handelt es sich nicht um ein Tagpfauenauge, sondern einen Schwalbenschwanz. Dies haben uns mehrere Leser mitgeteilt.



## Steinwild-Kindergarten

Bei den Steinböcken am Guferstock im Sustengebiet hat es offenbar zahlreichen Nachwuchs gegeben: Gemeinsam sonnt man sich in diesen ersten Sommertagen und betrachtet die Welt von oben herab.

Leserbrief Charles Bürgi, Luzern

## Die Umverteilung findet statt: Vom Staat gefördert

Zur Energiefrage

In weniger als 10 Jahren beginnt in unserm Land der Strom knapp zu werden, und ehe 20 Jahre vorbei sind, wird die Stromlücke Dimensionen annehmen, dass kontingentiert und zugeteilt werden muss, wie wir das von Johannesburg und Los Angeles kennen. Das, weil die Lieferverträge mit Frankreich auslaufen und Bundesbern den KKW-Ausstieg angesagt hat. Unsere Politiker in Bern wissen das. Und was machen sie? Statt dass Grosskraftwerke inklusive KKW geplant und gebaut werden, die sicher und ununterbrochen Energie liefern, ergeht man sich im Fördern des Steckenpferdes und Hobbytums mit Stromproduktion aus Fotovoltaik und Windrädern, die heute zusammen total weniger als ein Prozent des Gesamtverbrauchs generieren.

Das ist nur gut für jene, die daran verdienen. Und wer ist das? Nur die Liegenschaftsbesitzer. Sie verkaufen den

unregelmässig anfallenden Strom vom Dach für bis zu 50 Rappen an die Kraftwerke, kaufen aber für den Eigenverbrauch solchen aus KKW für zirka drei Rappen ein. Und wer zahlt die Differenz? Wir! Sie und ich! Jeder, der eine Stromrechnung erhält, muss diese «kostendeckende Einspeisevergütung» berappen. Diese in China produzierten Solarzellen aus Siliziummodulen mit Blei und Cadmium müssen schliesslich in der Schweiz als Sondermüll entsorgt werden. Der Staat fördert gar noch mit Geldern die Installation, und der Strom kommt dann, wenn wir ihn nicht brauchen! Deswegen muss für jede Fotovoltaikanlage ein Backup-Kraftwerk derselben Grössenordnung erstellt werden, das dann angeworfen wird, wenn es dunkelt.

Und wie ist es mit den Windrädern? Selbst in Holland und Deutschland, wo entlang der Küste starke Winde wehen, stehen regelmässig 20 Prozent der Windgeneratoren still. Auch wenn

hier ein Wirkungsgrad von 17 Prozent – im Gegensatz zu den Fotovoltaikanlagen mit 8 Prozent – erreicht wird, ist bei uns die Sicherstellung von Energie nicht mit Don Quijote, sondern nur mit Grosskraftwerken (KKW der 4. Generation, GuD-Werke, Wasserkraftwerke, Pumpspeicherwerke) zu gewährleisten. Die Windräder, aus je 1500 Kubikmeter Beton mit 200 Tonnen Stahl à 12 Millionen Franken, verspargen unsere windstille Landschaft, und die Fotovoltaikanlagen verspiegeln die Städte, ohne dass etwas erreicht wird, das uns gestrotzt in die Zukunft schauen lässt.

Sie wissen es in Bern und stehen energiepolitisch vor dem Abgrund, also sollte der nächste Schritt gut überlegt sein. Die Energieministerin – noch vor kurzem im Verwaltungsrat eines KKW – hat sich von den grünen Khmer und den Windradromantikern weich klopfen lassen und plädiert für den Ausstieg aus der Kernenergie! Wir wissen ja: Das

Gegenteil von gut ist gut gemeint. Und die unbelasteten Mitläufer spenden Applaus! Auf der ganzen Welt gibt es nur wenige Länder wie Deutschland und Österreich, die sich aus einer modernen, sicheren und zukunftsweisenden Technologie und Forschung verabschiedet haben, und wir Schweizer beieilen uns, hier aufzuschliessen.

Die Ökowaisen wollen eben das elfte Gebot einführen: Du sollst den Kern nicht spalten! Heute sind weltweit 62 KKW in Bau und 287 geplant. Und diese sollen alle verantwortungslos sein? Die Ökokapellmeister wollen uns das glauben machen. Wie wäre es denn, wenn während eines grossen Fussballfinalspiels der Strom mal ausfallen würde, weil Sonne und Wind uns verlassen und die Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke überfordert sind? Am andern Tag dann bitte eine Volksabstimmung über den Abschied von moderner Technologie.

RUDOLF BALSIGER, OBERWIL

## Der Dichter, der Westen und der Krieg

Ich kann mich nicht erinnern, dass zu meinen Lebzeiten ein Gedicht je einen solchen Sturm entfesselt hätte wie neu-



Paul Rosenkranz über Günter Grass' Gedicht «Was gesagt werden muss».

lich Günter Grass' Gedicht «Was gesagt werden muss», mit der Beschuldigung Israels, Krieg gegen den Iran zu planen und damit den Weltfrieden zu gefährden. In manchen Kreisen stiess es auf gehässige Ablehnung, man warf Grass ein erschreckendes Mass an Ignoranz vor und beschuldigte ihn, rechtsextreme und antisemitische Ideen zu verbreiten. Israel erliess gegen ihn ein Einreiseverbot und nannte ihn einen Hassler des jüdischen Staates.

**Die Frage ist:** Lag Grass in der Sache wirklich so vollständig daneben? Zwei Dinge fallen auf: Erstens kam der Protest gegen Grass vor allem von Politikern, Professoren und Medienleuten, während etwa in Deutschland vier von fünf Befragten seine Ansichten für richtig oder zumindest diskutabel hielten. Und zweitens erschienen fast gleichzeitig in einflussreichen Medien Äus-

serungen namhafter – auch israelischer – Autoren, die in Prosa Ähnliches sagten wie Grass mit seiner Protestlyrik.

**Was bei Grass** als ein Ausbruch der Verzweiflung erscheint über einen Vorgang, der zunächst als Hirngespinnst israelischer Militärs, dann als Möglichkeit und schliesslich als Wahrscheinlichkeit erschien, das beurteilen diese Autoren differenzierter. In der «Süddeutschen Zeitung» warnte der bekannte israelische Autor David Grossmann sein Land vehement vor einem atomaren Präventivschlag gegen den Iran. Er bezweifelt, dass damit dessen Atomprogramm ausgeschaltet werden könnte. Vor allem weist er darauf hin, dass Israel damit die liberalen Kreise der iranischen Opposition geradezu in die Arme des verhassten Regimes treiben würde.

**Die «Neue Zürcher Zeitung»** berichtete – kurz bevor das Gedicht von Grass erschien – von heftigen Protesten israelischer Intellektueller gegen Regierungschef Netanjahu, der Irans Nuklearanlagen mit den nationalsozialistischen Vernichtungslagern verglichen hatte. Der Historiker Yehuda Bauer nannte diesen Vergleich empörend und wies darauf hin, dass die Juden heute keineswegs machtlos, sondern die Grossmacht des Nahen Ostens seien. Auch der bedeutende Schriftsteller Amos Oz nannte Netanjahus Äusserun-

gen pure Demagogie, die nur davon ablenke, dass er den Friedensprozess mit den Palästinensern gezielt hindere.

**Am ausführlichsten äussert** sich zum Thema der deutsche Nahostexperte Michael Lüders in seinem Buch «Iran: Der falsche Krieg. Wie der Wes-

## ANSICHTEN

ten seine Zukunft verspielt». Lüders erinnert daran, dass die USA 2003 den Krieg gegen den Irak mit der Begründung führten, Husseins Atomwaffen zu vernichten, das Regime zu stürzen und das Land zu demokratisieren. Der Krieg endete mit einem Desaster: Atomwaffen fand man keine, und die Demokratisierung scheiterte. Lüders warnt davor, nun aus ähnlichen Gründen einen Krieg gegen den Iran zu planen. Ein solcher Angriff würde weltweit das Selbstbild des Westens als Hort von Freiheit und Demokratie für immer vernichten.

**Einen Grund zum Krieg** erkennt Lüders nicht. Das Völkerrecht erlaube einen Präventivkrieg nur, wenn ein feindlicher Angriff unmittelbar bevorsteht, und das sei hier nicht der Fall. Der frühere israelische Generalstabs-

chef Dan Haluz sagte kürzlich, der Iran sei «eine ernste Gefahr, aber keine existenzielle». Vom Iran weiss man ja nicht einmal, ob er die Atomwaffen will, geschweige denn, ob er sie hat. Aber es ist davon auszugehen, dass er – hätte er sie denn – diese nicht zum Erstschatz gegen Israel gebrauchen kann und wird, weil das reiner nationaler Selbstmord wäre. Das Land ist von den Atommächten Indien, Pakistan, Russland und Israel umgeben und hätte mit einem Schlag gegen Israel auch die USA gegen sich. Selbst US-Geheimdienste attestierten aber dem Iran, dass er rationalen Kriterien folge.

**Lüders wendet sich gegen** die seit langem andauernde Dämonisierung des Irans durch den Westen. Den Hauptgrund dafür sieht er darin, dass Irans Führung sich den Ansprüchen Israels und der USA auf Vorherrschaft im Nahen und Mittleren Osten widersetze. Wenn Regierungschef Netanjahu sage, Israel müsse Herr seines Schicksals bleiben, so gelte das auch für den Iran; auch dieser habe seine Sicherheitsbedürfnisse. Den Angriffsdrohungen aus dem Westen entnimmt er aber, dass er nur mit eigenen Atomwaffen sicher sein wird.

**Die Folgen eines Angriffs** – in welcher Form auch immer – wären verhängnisvoll. Lüders meint, sie könnten «dieses Jahrhundert prägen wie der

Erste Weltkrieg das vorige». Im Iran selber käme es nicht zu einem Wechsel des Regimes, sondern zu dessen Konsolidierung. «Für Achmadi-Nedschad und die Hardliner wären Bomben auf den Iran ein Gottesgeschenk», meint Lüders. Im Nahen und Mittleren Osten würde die Dauerkrise verschärft, weil der Angriff «den letzten ruhenden Pol in dieser Unruheregion» trübe. Auch der Westen – von Israel bis zu den USA – wäre betroffen. Seine Sicherheit wäre durch neuen Terror und seine Wirtschaft durch sinkende Ölzufuhr gefährdet; sein Ansehen und seine Macht aber nähmen schwersten Schaden. Lüders zitiert den früheren Mossad-Chef Meir Dagan mit den Worten: «Den Iran zu bombardieren, ist die dümmste Idee, von der ich je gehört habe.»

**Europa und die USA** haben selbstverständlich ihre Verantwortung gegenüber Israel. Aber diese darf nicht zu blinder Gefolgschaft führen, vor allem dann nicht, wenn Israel gefährliche Wege geht. Der Westen sollte Israel vielmehr überzeugen, dass es nicht den militärischen, sondern den politischen Weg wählen muss, wenn es auf Dauer sicher sein will.

## HINWEIS

► Paul Rosenkranz ist Historiker. Er äussert hier seine freie Meinung. Diese muss nicht mit derjenigen der Redaktion übereinstimmen. ◀

Weitere Leserbriefe unter:  
[www.zugerzeitung.ch/leserbriefe](http://www.zugerzeitung.ch/leserbriefe)